

BMFSFJ

Entwurf Bewertung des Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa einschließlich der besseren Kenntnis der Jugendlichen

Teil 1: Bewertung des Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa

Frage 1:

Wie bewerten Sie den letzten Zyklus der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene? Worin bestanden die Haupterrungenschaften und -schwierigkeiten?

Antwort 1:

Die jugendpolitische Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten wurde intensiviert, um den europäischen Einigungsprozess zu unterstützen und um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen mit einer starken gemeinsamen Politik für und von jungen Menschen begegnen zu können.

Mit dem Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend“ und der anschließenden Bearbeitung zentraler Jugendthemen im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung wurde 2002 der Grundstein für eine aufeinander bezogene jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa gelegt. Darin liegt das entscheidende Verdienst des in Kürze zu Ende gehenden ersten Zyklus der neuen jugendpolitischen Kooperation. Sie ermöglichte den Mitgliedstaaten, sich - bei aller Unterschiedlichkeit jugendpolitischer Traditionen, Strukturen und Konzepte - über wichtige Eckpunkte einer gemeinsamen Jugendpolitik auf europäischer Ebene zu verständigen.

Mit dem in 2005 hinzu gekommenen Europäischen Pakt für die Jugend ist es gelungen, junge Menschen als wichtige Ressource zur Umsetzung der Lissabon-Strategie erstmalig ins wirtschaftspolitische Blickfeld zu rücken. Spürbarste mittelbare Folge auf allen Ebenen war eine verbesserte Nutzbarkeit des Europäischen Sozialfonds für Beschäftigung und Mobilität fördernde Programme für junge Menschen.

Einen bemerkenswerten Versuch zu mehr Bürgernähe und Jugendbeteiligung an politischer Entscheidungsfindung stellt schließlich der in 2006 vom EU-Jugendministerrat beschlossene Strukturierte Dialog mit Jugendlichen dar, auch wenn an dessen Implementierung noch sehr gearbeitet werden muss.

Das aktuelle Europäische Programm „Jugend in Aktion“ bietet ergänzend zu den nationalen Förderprogrammen des Kinder- und Jugendplans des Bundes einer wachsenden Zahl junger Menschen u.a. Gelegenheit, „Europakompetenz“ zu erwerben und sich in Europa sozial und politisch zu engagieren. Zugleich stellt es ein wesentliches Instrument zur Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend dar und befördert die Umsetzung des Strukturierten Dialoges auf lokaler und regionaler Ebene.

Der gemeinsame jugendpolitische Aufbruch der Mitgliedstaaten der EU leitete jedenfalls den notwendigen Kommunikationsprozess zwischen den Mitgliedsstaaten ein und wurde mit Hilfe der EU-Kommission und dem Dialog mit jungen Menschen in Europa ein erstes Stück weit voran gebracht.

Zahlreiche Initiativen wurden in gemeinsamen Anstrengungen des Rates und der Kommissi-

on, meist in der Form von Ratsentscheidungen befördert. Das Europäische Jugendforum hat im Rahmen der Europäischen Jugendwochen, bei Jugendevents der Präsidentschaft und bei den regelmäßigen Ministerforen mit Jugendlichen am Rande der Jugendministerräte beigetragen.

Dennoch gibt es auch zahlreiche Indizien, die dafür sprechen, dass zwischen der rasanten Produktion von politischen gemeinsamen Willensbekundungen und der konkreten Umsetzung in den Mitgliedsstaaten eine erhebliche Kluft besteht. Denn ungeachtet inhaltlicher Ausweitungen und zusätzlicher EU-Instrumente entfaltet die bisherige Kooperation der Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene – gemessen am Anspruch – insgesamt wenig messbare Wirkung.

Dies gilt sowohl für den konkreten Nutzen für die Jugendlichen als auch hinsichtlich der politischen Sichtbarkeit auf der nationalen Ebene. Es kann daher nicht erstaunen, wenn sich bei den hierzulande beteiligten Akteuren gewisse Ermüdungserscheinungen zeigen.

Dass es in Deutschland bisher nicht hinreichend gelungen ist, die nötige politische Aufmerksamkeit für die gemeinsam verabschiedeten Ziele, Inhalte und Instrumente der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich zu erzielen, hat mehrere Ursachen:

Eine wesentliche Schwierigkeit besteht darin, dass zentrale Themenfelder der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa, nämlich „Jugendpartizipation“, „Freiwilliges Engagement“, „Jugendforschung“ oder die „Integration benachteiligter Jugendlicher“, bereits seit Jahrzehnten im Zentrum jugendpolitischer Aktivitäten (und Förderung) des Bundes, der Länder und Kommunen stehen und daher der „europäische Mehrwert der EU-Initiativen nicht gesehen wird.

Einerseits wird begrüßt, wenn die Empfehlungen der EU-Jugendminister in Deutschland auf ein bereits gut bestelltes Feld treffen. Dies spricht in der Regel dafür, dass es gelungen ist, deutsche Erfahrungen und Perspektiven in die europäische Debatte und Beschlüsse einzubringen. Andererseits ist es umso schwerer, die spezifisch auf europäische Impulse zurück zu führenden Anstöße zu identifizieren,

Eine weitere Erschwernis ist durch die föderale Verfasstheit der Bundesrepublik gegeben. Jugendpolitik liegt im Wesentlichen in der Zuständigkeit der Bundesländer und der Kommunen, die auch für die Finanzierung entsprechender Leistungsstrukturen und Angebote verantwortlich zeichnen. Diese relative Planungs- und Entscheidungsautonomie ist ein wichtiges Element des demokratischen Selbstverständnisses der verantwortlichen Akteure in den Behörden und Verbänden. Aus der Warte vieler regionaler und lokaler staatlicher und nichtstaatlicher Entscheidungsträger gibt es daher wenig Anlass, ihre eigenen (erfolgreichen) jugendpolitischen Strategien explizit an den supranationalen Zielsetzungen der Union auszurichten, zumal sie sich an deren Zustandekommen nicht oder nur sehr mittelbar beteiligt fühlen.

Daher fällt es vielen jugendpolitischen Akteuren auch schwer, den Mehrwert der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) und des Europäischen Jugendpakts zu erkennen.

Während beim EU-Jugendprogramm Programmatik und Finanzierung eine Einheit bilden, stehen bei den Prioritäten der OMK, beim Europäischen Jugendpakt oder beim Strukturierten Dialog die gemeinsamen politischen Absichtserklärungen bzw. Zielvorgaben im Vordergrund.

Während bisher die Finanzierung der Umsetzungsmaßnahmen zumeist Angelegenheit der nationalen Akteure blieb, gibt es inzwischen zunehmende Möglichkeiten der Co-Finanzierung aus Mitteln des ESF und des Europäischen Jugendprogramms. Dieser Erfolg der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa wird allerdings als solcher nicht in ausreichendem Umfang wahrgenommen.

Vielmehr wird nicht nur von kommunalen Vertretern nach wie vor ein Mangel an kontinuierlicher und „aufbereiteter“ Information über die europäischen Prozesse im Jugendbereich beklagt und der mit EU-Förderungen einhergehende besondere Verwaltungsaufwand wird gescheut.

Die Bundesregierung regt daher für die nächste Phase der jugendpolitischen Zusammenarbeit einen Strategiewechsel an, der auf eine Verringerung der Komplexität und einen expliziten Praxisbezug hinwirkt und gleichzeitig durch die gezielte Zusammenführung der jugendpolitischen Instrumente eine stärkere politische Durchsetzungskraft entfaltet. Darauf wird in der Antwort auf Frage 6 näher eingegangen.

Frage 2:

Hat der derzeitige Kooperationsrahmen Fortschritte hinsichtlich der politischen Zielsetzung auf nationaler oder regionaler Ebene ermöglicht (Bürgerschaftsprioritäten, soziale und berufliche Integration, stärkere Berücksichtigung der Jugend in anderen Politikbereichen)? Welche Rolle spielte der EU-Kooperationsrahmen auf nationaler oder regionaler Ebene in Ihrem Land? Wie hat er Ihre Politik beeinflusst?

Antwort 2:

In der Bundesrepublik war der derzeitige Kooperationsrahmen insbesondere für die Entwicklung des Bereichs „Jugendinformation“ hilfreich. Unter Bezugnahme auf die gemeinsamen europäischen Zielsetzungen hat gerade das Arbeitsfeld der Jugendinformation in Deutschland einen qualitativen Sprung vollzogen. So wurde zum Beispiel ein eigenes nationales Netzwerk gebildet, die Jugendinformation wurde ausgebaut. Ein eigener Qualitätskatalog für Dienste und Einrichtungen der Jugendinformation wurde erarbeitet und vom Netzwerk gemeinsam verabschiedet.

Wie in Antwort 1 bereits erwähnt, ist die Jugendpolitik in Deutschland auch im Hinblick auf die weiteren Prioritäten und deren Zielsetzungen der Offenen Koordinierungsmethode (Partizipation, Freiwillige Aktivitäten) traditionell gut aufgestellt. Auch der Erkenntnisstand über „die Jugend“ und deren Lebenssituation (s. auch den zweiten Teil der Stellungnahme) ist durch eine vielfältige, institutionell und materiell gut abgesicherte Jugendforschung ausgezeichnet und wird durch mannigfache Forschungsaktivitäten (Jugendsurveys, Jugendberichte, thematische Jugendforschung etc.) kontinuierlich aktualisiert.

Zahlreiche Maßnahmen und Programme zur sozialen und beruflichen Integration sowie zur Förderung von Bildung und Ausbildung junger Menschen wurden von Kommunen, den Bundesländern und den Bundesressorts aufgelegt, die einen inhaltlichen Bezug zum Europäischen Jugendpakt aufweisen. Da aber auch hier Erkenntnis der Bedeutung zum Beispiel zahlreicher nationaler Planungen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und zur Senkung von Schulabbrecherquoten dazu beigetragen hatten, dass Deutschland zusammen mit Frankreich, Spanien und Schweden die Verabschiedung des Europäischen Jugendpakts initiierte, ist auch hier nur schwer zu unterscheiden, welche Initiativen auf nationaler Planung beruhten und welche aufgrund der EU-Initiative zumindest einen stärkeren Rückenwind erhielten. Allein die Tatsache, dass inzwischen deutlich mehr ESF-Mittel auch für nationale jugendpolitische Maßnahmen zur Verfügung gestellt wurden, spricht nach hiesiger Auffassung dafür, dass der Europäische Jugendpakt positive nationale Wirkungen erzielt hat.

Die Berücksichtigung der Belange junger Menschen in anderen Politikbereichen war durch Mitbeteiligungsverfahren bei Gesetzesvorhaben und Weisungsabstimmungsverfahren in Deutschland schon traditionell formal gut gewährleistet.

Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesressorts hat sich seit dem Europäischen Jugendpakt deutlich enger gestaltet. Dennoch sind wir in Deutschland noch weit von einem „Jugendmainstreaming“ entfernt, das über formale Regelungen der Konsultation hinausgeht.

Unmittelbare Auswirkungen hat der sich ausdifferenzierende EU-Kooperationsrahmen auf die jugendpolitische Fachwelt auf Bundesebene (z.B. AGJ, DBJR, Deutscher Verein, DJI, ISS: Einrichtung von Fachstellen, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen u.a.m.). Auf Fachebene (Verbände, Institute, Jugend für Europa) findet heutzutage eine viel regere Auseinandersetzung mit den jeweiligen Beschlüssen der EU-Jugendminister und neuesten jugendpolitischen Entwicklungen statt als es noch 2002 der Fall war. Zahlreiche Arbeitsgruppen auf Bundesebene wurden inzwischen neu eingerichtet, Veranstaltungen zu EU-Themen durchgeführt und viele bemerkenswerte Positionspapiere (zur OMK, zum Jugendpakt etc.) wurden publiziert.

Besonders hervorzuheben sind hier auch das Portal der Deutschen Agentur Jugend für Europa (www.jugendpolitikineuropa.de), das umfassend über die jugendpolitischen Prozesse in Europa informiert, der Fachausschuss Europa der AGJ sowie die „Task-Force Europäische Jugendpolitik“ beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die mittlerweile bereits ihre 30. Sitzung abhielt. Letzteres ist ein Expertengremium mit Jugendbeteiligung, von dem sich das Bundesjugendministerium kontinuierlich in europapolitischen Jugendfragen beraten lässt.

Die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU blieb dennoch im Großen und Ganzen ein exklusives Thema, mit der sich eine relativ überschaubare Anzahl von Fachleuten auf Bundesebene befasste. Eine nennenswerte Beeinflussung der Schwerpunktsetzung nationaler Jugendpolitik aufgrund europäischer gemeinsamer Zielvorgaben ist für Deutschland leider nicht erkennbar.

Eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angeregte Befragung¹ von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe bestätigt diese Einschätzung. Die Mehrheit der Befragten (65%) meint, dass es mit dem derzeitigen Rahmen Fortschritte in der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa gegeben hat. Von diesen sehen jedoch knapp drei Viertel (78%) lediglich leichte Fortschritte. Die Wirkung der politischen Instrumente (Offene Methode der Koordinierung, Europäischer Jugendpakt, Querschnittspolitik) in ihrer Gesamtheit auf die deutsche Jugendpolitik wird von den Fachleuten uneinheitlich eingeschätzt. Während die eine Hälfte der Befragten (52%) allenfalls schwache oder keine Wirkung wahrnimmt, geht die andere Hälfte (48%) mehrheitlich von einer mittleren Wirkung aus.

¹ Im Rahmen einer Online-Meinungsumfrage im Juli/August 2008 wurden über das Internetportal der Deutschen Agentur für die Umsetzung des europäischen Jugendprogramms „Jugend für Europa“ Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zu ihren Einschätzungen „europäischer Jugendpolitik“ in enger Anlehnung an die Fragen der Kommission befragt. Beteiligt haben sich 141 Personen/Fachkräfte, 81 Männer (57%) und 60 Frauen (43%). Die jüngste teilnehmende Person ist 18 Jahre, die älteste 68 Jahre alt. Der Altersdurchschnitt aller Antwortenden liegt bei 38 Jahren. Die große Mehrheit (73%) ist berufstätig, eine Minderheit (20%) studiert oder besucht die Schule. Die restlichen Personen (7%) betätigen sich im Freiwilligenbereich, sind arbeitslos oder bereits im Ruhestand. Mit zwei Ausnahmen besitzen alle Antwortenden die deutsche Staatsbürgerschaft. Bis auf eine Minderheit (13%) geben die Umfrageteilnehmer an, dass ihre berufliche bzw. ehrenamtliche Tätigkeit Bezug zur „europäischen Jugendpolitik“ hat. Die Untersuchung erhebt keinen Anspruch, das gesamte Spektrum der Meinungen der Fachkräfte (repräsentativ) abzubilden. Dessen ungeachtet lassen sich aus dieser Stichprobe wertvolle Erkenntnisse für die Politikgestaltung ziehen.

Als problematisch wird insbesondere erlebt, dass die eigentliche potentielle Stärke der europäischen Zusammenarbeit - nämlich, das gegenseitige Lernen von Akteuren - bisher deutlich zu kurz kommt.²

Frage 3:

Denken Sie, dass die wichtigsten politischen Instrumente des Kooperationsrahmens (offene Methode der Koordinierung, Europäischer Jugendpakt, Mainstreaming) angemessen waren? Hatten die spezifischen Hilfsmittel dieser Instrumente irgendwelche Schwächen?

Antwort 3:

Die Offene Methode der Koordinierung, der Europäische Jugendpakt, Jugendpolitik als horizontale Aufgabe („Jugendmainstreaming“), die Beteiligung junger Menschen an jugendpolitischer Planung und Entscheidung in der EU („strukturierter Dialog“) werden grundsätzlich als wichtige jugendpolitische Instrumente für die jugendpolitische Kooperation in Europa angesehen. Sie sind grundsätzlich geeignet, die Lebenslagen junger Menschen in Europa positiv mit zu gestalten. Zugleich bestimmen sie die wesentlichen Themenbereiche gelingenden Aufwachsens: Schutz von Kindern und Jugendlichen; Bildung und Ausbildung; Chancengleichheit für alle und Integration; Übergänge von Schule in das Arbeitsleben; Mobilität und Beschäftigung; Selbstbestimmtes Leben, Autonomie und bürgerschaftliches Engagement. Sie sind auch für die sektorübergreifende Zusammenarbeit in Deutschland sehr bedeutsam.

Die Themenfelder des Europäischen Jugendpakts überschneiden sich teilweise mit den OMK-Themen. Sie konzentrieren sich auf einige der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen mit Jugendbezügen, wie die berufliche und soziale Integration junger Menschen durch Bildung, Ausbildung, Mobilität und dauerhafte Beschäftigung sowie die Möglichkeit, ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Pakt und OMK unterstützen die wesentlichen Voraussetzungen für eine zukunftsweisende Jugendpolitik, die sich zum Ziel setzt, für gute Lebensbedingungen und Entwicklungschancen möglichst aller jungen Menschen die Rahmenbedingungen zu sichern.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist allerdings die optimale Verknüpfung des OMK-Instrumentariums und dem politischen Dach des Europäischen Jugendpakts noch nicht gelungen: Die OMK ist tendenziell immer noch ein komplexes Verfahren mit begrenzter Wirk-

² Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die befragten Fachkräfte eben gerade die Unterstützung des Praxisaustausches als eine Haupterrungenschaft der bisherigen europäischen Kooperation sehen. Gefragt wurde: „Wie bewerten Sie die bisherige jugendpolitische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene?“ Insgesamt fünf verschiedene Errungenschaften konnten markiert werden. Die Kategorie „Entwicklung eines Rahmens für den Austausch guter Praxis zwischen den Mitgliedstaaten“ erzielte dabei die besten Werte. Auf einer Skala von 1 („trifft voll zu“) bis 6 („trifft gar nicht zu“) kreuzten über ein Drittel (36%) der Antwortenden die eindeutig bejahenden Werte 1 oder 2 an. Nur 8% waren gegenteiliger Ansicht (und kreuzten die Werte 5 oder 6 an). Dies wirkt auf den ersten Blick widersprüchlich, da es, wie oben angedeutet, noch gar keinen ausreichend entwickelten Rahmen für das gegenseitige Lernen in der OMK Jugend gibt. Es ist daher davon auszugehen, dass hier stark die positiven Erfahrungen mit den entsprechenden Angeboten des europäischen Jugendprogramms (JUGEND, aktuell JUGEND in Aktion) das Antwortverhalten beeinflusste. Ähnlich positiv wird auch die Förderung europäischen Bewusstseins durch die europäische Kooperation eingeschätzt, ein gutes Drittel der Antwortenden bejaht dies. Jedoch ist immerhin ein Fünftel gegenteiliger Ansicht. Zu einer Verbesserung der Teilhabechancen hat die Zusammenarbeit nach Ansicht der Fachkräfte jedoch noch nicht geführt. Fast ein Drittel sieht das Ziel „bessere Teilhabe“ nicht erreicht (31%), knapp ein Fünftel (18%) hingegen schon. Die „verbesserte Nutzbarkeit des Europäischen Sozialfonds“ sehen 27% und die „Stärkung der europäischen Dimension“ 23%.

samkeit und Sichtbarkeit, der Pakt ein politischer Themenkatalog ohne Umsetzungsstrukturen.³

Welche konkreten Schwachstellen wurden in Deutschland in der Anwendungspraxis der einzelnen Instrumente festgestellt?

Offene Methode der Koordinierung

Die Umsetzung der gemeinsamen jugendpolitischen Zielvorstellungen auf die regionale und lokale Ebene erweist sich in der Bundesrepublik Deutschland mit seinen föderalen Entscheidungsstrukturen und seinen zahlreichen bereits bestehenden Programmen und Projekten in den Handlungsfeldern der OMK als sehr zeitaufwändig und daher schwierig.⁴

Die produktive Umsetzung der im Rahmen der OMK verfolgten jugendpolitischen Ziele in Deutschland bedarf im Grunde eines noch breiter organisierten Verständigungsprozesses, der die entsprechenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure über Netzwerke regelmäßig einbindet und die „Übersetzungen“ auf die lokale Ebene intensiv begleitet.

Zum Beispiel müsste die spezifische Relevanz der einzelnen gemeinsamen Zielsetzungen für die Bundesrepublik bzw. die lokale oder regionale Ebene herausgearbeitet und entsprechende freiwillige Verabredungen zur Schwerpunktsetzung, Finanzierung und Realisierung auf den unterschiedlichen Ebenen getroffen werden.

Hierfür prüfen wir derzeit, ob wir in Deutschland künftig ergänzend zur bestehenden Task-Force Fachforen einrichten sollten, die die Koordinierung der Umsetzungsaktionen auf den verschiedenen Ebenen partnerschaftlich und fachlich begleiten. Für weitere Planungen auf EU-Ebene müsste dann auch der für diesen Transferprozess benötigte Zeitbedarf verstärkt berücksichtigt werden können.

In Zukunft wünschen wir uns, dass Europäische Kommission und die jeweiligen Rats-Präsidentschaften beim Setzen neuer Instrumente und Themen das bisherige Tempo reduzieren.

Das Berichtswesen der OMK in Deutschland leidet schon seit längerem an einer abnehmenden Beteiligungsbereitschaft. Dabei mag es eine Rolle spielen, dass den teilweise aufwändigen Zuarbeiten und Recherchen kein adäquater Mehrwert für die jugendpolitischen Akteure

³ Zudem wird „europäische Jugendpolitik“ von vielen potentiellen Adressaten in den Verbänden aber auch in den Behörden als kompliziertes, schwer durchschaubares, praxisfernes Politikfeld wahrgenommen. Ein Vertreter einer Länderbehörde formuliert dies so: *„Die Wirksamkeit der Instrumente lässt sich schwer differenziert beurteilen. Insbesondere in der lokalen Praxis werden sie kaum in ihrer Funktion erkannt und erreichen damit bei den Jugendlichen nur eine sehr begrenzte Sichtbarkeit. Als Hauptschwäche wird angesehen, dass die europäische Ebene viel zu weit vom Alltagsleben der Jugendlichen entfernt ist. Darüber hinaus haben die europäischen Abstimmungsprozesse sehr wenig Bezug zu konkreten jungen Menschen.“*

⁴ Dieser Eindruck wird durch die Ergebnisse der Fachkräftebefragung gestützt. Nach Auffassung der meisten Befragten spielt die europäische Kooperation in der nationalen Jugendpolitik eine Nebenrolle. Am Ehesten hat sie noch auf Bundesebene Fuß gefasst. Ein Viertel (26%) ist der Meinung, sie spiele dort eine wichtige Rolle. Ganz am Rande würde das Thema auf der Ebene der Bundesländer (7%) rangieren, etwas besser sehe es noch auf lokaler/kommunaler Ebene aus: 12% glauben, die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa spiele dort eine Rolle. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die glauben, die europäische Jugendpolitik spiele gar keine Rolle auf kommunaler Ebene mit Abstand am größten (38%). Zum Vergleich: Bundesebene (9%), Länderebene (21%).

gegenüber zu stehen scheint.⁵ So sehen wir uns wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt, dass es keine Möglichkeit der Einsicht in die Berichte anderer Mitgliedstaaten gäbe. Es sei unmöglich, hier „voneinander zu lernen“.

Die Syntheseberichte der Europäischen Kommission könnten diese Lücke nicht füllen, zumal nicht transparent gemacht werde, nach welchen Kriterien gute Praxisbeispiele der Mitgliedstaaten für die Darstellung ausgewählt werden. Vom neuen europäischen Jugendbericht erwarten wir hierfür Verbesserungen und eine administrative Entlastung der Mitgliedstaaten.

Auch sollten wir prüfen, welche weiteren Formen des grenzüberschreitenden Praxisaustausches im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung erprobt werden könnten. Bislang haben wir einige gute Beispiele für einen internationalen themenbezogenen Praxisaustausch mit Experten der lokalen und regionalen Fachebenen erlebt.⁶

Europäischer Pakt für die Jugend

Es ist aus jugendpolitischer Sicht nicht hinreichend gelungen, dem Pakt in den jährlichen Berichtsverfahren zu den Fortschritten der Lissabon-Strategie größere Bedeutung zu verleihen. Der Europäische Rat (Jugend) beschränkte sich seit 2007 in seinen Einlassungen im Wesentlichen darauf, die Staats- und Regierungschefs regelmäßig aufzufordern, ihn in seiner Bedeutung zu betonen sowie die Mitgliedsstaaten zu drängen, die Zielgruppe junger Menschen in den Mittelpunkt ihrer nationalen Reformbemühungen zu stellen.

Der Europäische Jugendpakt hat als Bestandteil der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung formell eine Brücke zu einer ressortübergreifenden Kooperation geschlagen und damit die Bedeutung der bereits im Rahmen der integrierten beschäftigungspolitischen Leitlinien verfolgten Ziele stärker hervorgehoben. Gerade im Bereich der Verbesserung der Integration junger Menschen in schulische und berufliche Bildung engagiert sich Deutschland in besonderem Maße, was sich unter anderem in der gesunkenen Jugendarbeitslosigkeit und in der recht kurzen Dauer der Jugendarbeitslosigkeit widerspiegelt. Die jugendpolitischen Erfolge sind damit sichtbar, allerdings kommt dabei nicht deutlich zum Ausdruck, ob und welchen Beitrag der Europäische Jugendpakt in Deutschland dazu geleistet hat.

Es lässt sich auch nur schwer einschätzen, welche praktischen und politischen Initiativen der Jugendpakt in Deutschland tatsächlich ausgelöst oder beflügelt hat.

⁵ Siehe hierzu die z.B. Kritik des Deutschen Bundesjugendringes: *„Viel Papier und wenig Wirkung: Der Grundgedanke der OMK als Instrument der jugendpolitischen Zusammenarbeit ist von der EU-Kommission und der Bundesregierung im Jugendbereich bisher zu wenig umgesetzt worden. Sie wurde auf ein rein formales, technokratisches Berichtswesen reduziert. Anstatt den fachlichen Austausch zu den einzelnen Themen und Zielsetzungen der OMK zu beginnen und dann mit Leben zu füllen, bleiben sowohl EU-Kommission als auch die Bundesregierung auf halber Strecke und auf einer abstrakten Meta-Ebene stecken. Umsetzungsdefizite bestehen sowohl bei Gemeinsamen Zielsetzungen als auch beim fehlenden fachlichen Austausch, der jetzt beginnen müsste. Dieses Problem besteht auch in anderen europäischen Ländern, das belegt der im Juli veröffentlichte Schattenbericht des Europäischen Jugendforums.“* **Quelle:** Stellungnahme zur Offenen Methode der Koordinierung (OMK) Beschluss der 79. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendring Berlin, 28.10.2006

⁶ Zum Beispiel in Leipzig (2007): „Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – Neue Strategien der Kohäsion“; in Berlin (2008): „Webbased Youth Information 2.0“ und in Brüssel (2008): „Integration benachteiligter junger Menschen – Peer-Learning

Jugendpolitik als „Querschnittspolitik“

Die Bundesregierung setzt sich mit Nachdruck für die Idee einer horizontal angelegten Jugendpolitik ein.

Die Praxis zeigt allerdings, dass das Ziel der konsequenten jugendpolitischen Einmischung in alle jugendrelevanten Politikfelder kurzfristig nicht zu erreichen ist und es hier noch intensiver Überzeugungsarbeit bedarf.

Für die hierfür notwendigen nationalen Entwicklungsprozesse wäre hilfreich, wenn es innerhalb der Europäischen Kommission künftig eine regelmäßige und noch engere Kooperation der „Generaldirektion Bildung (*Jugend*) und Kultur“ mit entsprechenden Generaldirektionen wie z. B. der „Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit“ und der „Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit“ in Jugendfragen geben könnte.

Auch wäre einer erhöhten Sichtbarkeit der Jugendpolitik dienlich, wenn die Kommission künftig auch in die Bezeichnung der für Jugendfragen zuständigen Direktion selbst den Jugendbezug ausdrücklich aufnehmen würde.

Wichtiger jedoch ist, dass klar erkennbar ist, von welchem eigenständigen Themen- und Zuständigkeitsbereich her die Jugendpolitik Mitbeteiligung reklamiert. Die Konturen der Jugendpolitik und ihre Instrumente sollten so geschärft werden, dass sie von den anderen Politikfeldern stärker als relevanter Akteur erlebt wird. Versucht sie hingegen, sich umfassend und „unkonzentriert“ einzumischen, werden die Bemühungen versanden.⁷

Strukturierter Dialog

Der Strukturierte Dialog kann als ein weiterer guter Ansatz gesehen werden, der Mitwirkung junger Menschen an „europäischer Jugendpolitik“ einen verlässlichen und kontinuierlichen Rahmen zu geben. Er sollte eine Einladung zur Kommunikation über die Anliegen Jugendlicher und die Erwartungen der Politik an junge Menschen sein. Für eine differenzierte Einschätzung des dieses Instruments ist es noch zu früh.

Den Eindruck, Jugendbeteiligung würde vor allem unter PR-Gesichtspunkten inszeniert (beispielsweise während der zwei jährlichen Ministergesprächsrunden), gilt es zu vermeiden. Daher bleiben strukturierte Verknüpfungen mit vor- und nachbereitenden Jugendveranstaltungen auf den jeweils nationalen und regionalen Ebenen äußerst wichtig. Auch ist ein zeitnahes Feed-back für Jugendliche von besonderer Bedeutung, um das man sich im europäischen Kontext besonders bemühen muss.

⁷ Einen wirklich überzeugenden Eindruck hat keines der drei Hauptinstrumente der Zusammenarbeit (Offene Methode der Zusammenarbeit, Europäischer Jugendpakt, Querschnittspolitik) bei den Fachkräften hinterlassen. Auf die Frage nach ihrer Angemessenheit / Effizienz (Antwortmöglichkeiten: „ja, angemessen“; „teilweise“, „nein, nicht angemessen“ und „weiß nicht“) konzentrierten sich die Antworten auf die Kategorie „teilweise“ – im Falle der OMK (63%), Jugendpakt (63%) und Querschnittspolitik (50%). Letztere wurde in den Extremen am negativsten (nein, nicht angemessen: 28%) bewertet (OMK: 15%, Jugendpakt 19%). Ferner fällt auf, dass sich relativ viele Befragte enthielten (ca. 15% entfielen auf „weiß nicht“). Dies könnte auf einen eingeschränkten Bekanntheitsgrad der Instrumente hindeuten, aber auch mit der Schwierigkeit zusammen hängen, über keine praktischen Erfahrungen mit Ihnen zu verfügen.

Im Kern unserer Bewertung steht, dass sich ein Strukturierter Dialog allein bezogen auf die europäische Zusammenarbeit wohl nicht realisieren lässt. Der Dialog kann nur schrittweise mit dem Ausbau entsprechender Beteiligungs- und Diskussionsverfahren auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene entwickelt werden; die Bearbeitung europäischer Themen wäre in diesem Zusammenhang ein sehr gewünschtes „Nebenprodukt“.

Allerdings fehlt in Deutschland bislang – trotz erster Fachveranstaltungen und Expertentreffen in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bayern – noch weitgehend das (finanzielle) Engagement der Bundesländer. Ohne diese wird es kaum möglich sein, den Dialog auch in den Jugendstrukturen vor Ort optimal zu gestalten.

Hinzu kommt, dass Zielsetzungen und Themen des Strukturierten Dialogs bislang oft noch zu unverbindlich waren und häufig Veränderungen unterlagen und der zeitliche Rahmen für die Realisierung des Dialogs zu unrealistisch ist.

Monitoring und Evaluation

Es stellt sich die Frage, mit welchen Instrumenten man künftig überprüfen kann, ob die europäische Zusammenarbeit sich weiterentwickelt oder stagniert und woran dies ggf. liegt. Dazu bieten sich in der Regel die wissenschaftliche Begleitforschung und verschiedene Formen des Monitorings an.

In der nationalen Diskussion des Themenkomplexes Monitoring bzw. Erhöhung des Verbindlichkeitsgrades der Umsetzung gemeinschaftlicher Ziele gehen die Haltungen stark auseinander. Während sich viele zivilgesellschaftlichen Akteure eher für die Einführung von Kontroll- und Überwachungsinstrumenten wie Aktionspläne, Indikatoren und Benchmarks einsetzen, wird dies von Seiten der Länder und Kommunen – die Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips befürchten – eher abgelehnt. Hier gilt es Ängste zu nehmen und die Chancen von partnerschaftlicher Zusammenarbeit aufzuzeigen.

Dies könnte möglicherweise dann gelingen, wenn das künftige „Monitoring“ über strukturierte Fachdebatten und grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch zu klar definierten aktuellen Themen (wie zum Beispiel beim Fachkongress „Youth Information 2.0“ im Januar 2008 in Berlin) stattfinden könnte.

Frage 4:

Was sind, gemäß Ihrer Analyse, die wichtigsten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen für die Jugend, die von der Jugendpolitik in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden sollen?

Antwort 4:

Die umfassenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse (Globalisierung der Märkte, demographischer Wandel, Klimawandel, Internationalisierung, Wissensgesellschaft, Wandel des Geschlechterverhältnisses, Migration.) erfordern eine zukunftsgerichtete Jugendpolitik. Sie stellt sich der Aufgabe, möglichst alle jungen Menschen dabei zu unterstützen, die erforderlichen Kompetenzen zur Bewältigung dieses Wandels - für sich und für die soziale Gemeinschaft - zu erwerben.

Ohne eine Politik, die das Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen umfassend zu fördern versucht, büßen wir die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ein. Hier liegt der Kern einer Forderung nach einer Kinder- und Jugendpolitik, die Ressortgrenzen überschreitet.

Die Bundesrepublik Deutschland als moderne Demokratie und industrielle Dienstleistungsgesellschaft benötigt gut ausgebildete, engagierte, kreative und weltoffene junge Menschen, um die Chancen dieser Herausforderungen nutzen zu können und um die damit verbundenen Risiken zu mindern.

Die Bundesregierung strebt vor diesem Hintergrund in den kommenden Jahren an, die Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen optimal zu gestalten: Dazu gehören, die Chancen, früher Bildung in Familie und Kindertagesstätten zu verbessern; das Bildungssystem weiter kontinuierlich zu modernisieren und insbesondere das Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildungssystem bzw. Arbeitswelt zu verbessern. Die Rolle der nicht-formalen Bildung im Lebensverlauf junger Menschen soll aufgewertet werden und ein besserer Zugang zu nicht-formalen Lernerfahrungen für junge Menschen, die im formalen Bildungssystem zu scheitern drohen, ermöglicht werden (z. B. Teilnahme an Freiwilligendiensten).

Hierzu hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- das mit 4 Mrd. € ausgestattete Programm zum bedarfsgerechten Ausbau des Ganztagsangebots „Zukunft Bildung und Betreuung“,
- den qualitäts- und bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung,
- das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr,
- die ESF-geförderten Programme Schulverweigerung - "Die zweite Chance" und „Freiwilligendienste machen kompetent“ zur Verbesserung der Zugänge bildungsbenachteiligter Jugendlicher,
- den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“.
- das Programm „JiVE“ Jugendarbeit international – Vielfalt erleben" zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch internationale Jugendarbeit

Der gesellschaftspolitische Nutzen dieser Jugendfördernden Maßnahmen liegt ebenfalls darin, die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen deutlich zu verbessern und die Jugendarbeitslosigkeit weiter nachhaltig zu senken.

Jugendliche ohne Schulabschluss, insbesondere Schulverweigerer, sind daher eine besonders wichtige Zielgruppe. Beispiele für Maßnahmen der Bundesregierung im Beschäftigungs- und Qualifizierungsbereich sind

- der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland,
- die Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“
- die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher als Brücke in die Berufsausbildung, Jobstarter, Job4000,
- die befristete Einführung eines Ausbildungsbonus als Anreiz für Arbeitgeber, für junge förderungsbedürftige Menschen, die sich seit längerem erfolglos um eine Ausbildung bemüht haben, einen zusätzlichen Ausbildungsplatz einzurichten,
- die befristete Ausweitung der Berufsorientierung und die befristete Einführung einer Berufseinstiegsbegleitung zur individuellen Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten beim Erreichen des Schulabschlusses und beim Übergang in Berufsausbildung haben,
- die Jugendmigrationsdienste,
- die ESF-geförderten Programme „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ in der Sozialen Stadt,
- „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“,
- „Kompetenzagenturen“ und der „Girls´ Day – Mädchen-Zukunftstag“ zur beruflichen Orientierung und zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen

- sowie das bereits genannte Projekt „JiVE“.

Junge Menschen zu unterstützen, sich eine stabile wirtschaftliche Perspektive aufzubauen, ist eine zentrale Voraussetzung für die soziale Integration.

Zur heutigen gesellschaftlichen Realität gehört die durch Migration und Internationalisierung entstandene ethnisch-kulturelle Diversität. Das Nebeneinander verschiedener religiöser Orientierungen und Weltanschauungen und daran geknüpfter sozialer Lagen und Lebensweisen verlangt den kompetenten, dialogorientierten Umgang mit dieser Vielfalt. Dies muss erlernt werden. Dazu gehören die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit, von Diskriminierung und Benachteiligung.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat daher im Rahmen der Initiative Zivilengagement ein Programm aufgelegt, das Migrantenselbstorganisationen begleitet und qualifiziert, um sich als interkulturelle Trägerorganisationen der Jugendfreiwilligendienste zu professionalisieren und zugleich ein professionelles Freiwilligenmanagement für Jugendliche mit unterschiedlichem Migrationshintergrund aufzubauen.

Die Bundesregierung setzt auf Fortsetzung und Verstärkung des Einsatzes der Jugendpolitik für Demokratie und Toleranz. Ziel ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Extremismus zu bekämpfen. Bei der Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie liegt eine besondere Aufgabe des Bundes in der Darstellung gelingender Praxis, in der befristeten Förderung besonders innovativer Projekte und darin, die gesellschaftliche Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements zu unterstreichen.

Mit dem 2007 aufgelegten Programm "VIELFALT TUT GUT - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, welches vorrangig im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt ist, der Bewusstseinsbildung dient und auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet ist, werden daher in Anknüpfung an die Umsetzungserfahrungen mit dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung gefördert, herausgehobene modellhafte Maßnahmen unterstützt sowie auf Bundesebene zusätzliche Orte zentraler gesellschaftlicher Kommunikation über Vielfalt und Toleranz geschaffen.

Nicht zuletzt geht es verstärkt darum, junge Menschen zu ermuntern, die Verantwortung für die künftige gesellschaftliche Entwicklung und politische Gestaltungsprozesse übernehmen. Viele Jugendliche haben aber das Gefühl, nicht mitreden zu können. Daher wird die Bundesregierung auch weiterhin auf Jugendliche und ihre Organisationen zugehen, sie angemessen informieren und neue Foren politischer und gesellschaftlicher Beteiligung anbieten.

Als Aufgabe einer wirksamen Politik der Partizipation sieht die Bundesregierung an, möglichst allen jungen Menschen demokratische Handlungskompetenzen zu vermitteln und Gelegenheiten zur Einübung zu bieten.

Aktuelles Projektbeispiel hierfür ist das "Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung". Es beinhaltet die Förderung vielfältiger Projektbausteine, z. B. die Projektreihe "Come in Contract". Hier handeln Jugendliche Verträge mit Politikern und anderen Entscheidungsträgern aus und kontrollieren nach einem ebenfalls vereinbarten Rahmen auch deren Umsetzung.

Bislang nahmen am EFD aus Deutschland (Ergebnis der nationalen Evaluation von JUGEND 2000-2006) nur etwa 2 % Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund teil. Im Rahmen des Projekts „JiVE“ wird daher unter anderem untersucht, welche Zugangsbarrieren für diese

Bevölkerungsgruppe bestehen und wodurch man den Anteil von Zuwanderer-Jugendlichen am EFD und anderen internationalen Begegnungsmaßnahmen anheben könnte.

Im Rahmen von Medienworkshops (Lobbywerkstätten), in denen Jugendliche von Medienprofis Tipps zur Umsetzung von eigenen Projektideen bekommen, werden die Teilnehmenden dazu animiert, die eigenen Meinungen und Interessen in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen und umzusetzen.

Alle hier gegebenen thematischen Hinweise setzen aus deutscher Sicht voraus, dass die EU bei der Definition der Altersgrenzen ihrer jugendpolitischen Aktivitäten flexibler wird. Eine Politik für das gelingende Aufwachsen von Kindern muss integraler Bestandteil der europäischen jugendpolitischen Agenda werden.

Frage 5:

Welches sind die Herausforderungen auf europäischer Ebene? Was könnten die Prioritäten eines zukünftigen EU-Kooperationsrahmens im Bereich der Jugend sein, um sich diesen Herausforderungen zu stellen?

Antwort 5:

Nach Einschätzung der Bundesregierung ähneln sich die - in Antwort 4 beschriebenen - sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen in allen 27 Mitgliedstaaten mehr oder weniger. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich bei genauerer Betrachtung einzelne Länderprofile erstellen ließen, die sowohl Gemeinsamkeiten als auch Besonderheiten hinsichtlich der jugendpolitischen Herausforderungen, Problemlagen und Herangehensweisen aufweisen würden. Auf europäischer Ebene kommt die zentrale Aufgabe hinzu, die europäische Integration voranzubringen.

Die Frage nach den künftigen Themenfeldern ist von hoher Bedeutung. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Strategie, der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa durch eine kontinuierliche Erweiterung des thematischen Spektrums und der Programmatik mehr Geltung in den Mitgliedstaaten zu verschaffen, in Deutschland nicht greift. Im Gegenteil, Behörden und Jugendverbände geraten zunehmend „außer Atem“ beim Versuch die mit hohen Ansprüchen versehenen jugendpolitischen Initiativen der EU innerhalb der gegebenen nationalen Zuständigkeiten und Ressourcen zu sondieren und umzusetzen. Frustration, Überforderung und Ermüdung machen sich breit. Es ist daher an der Zeit zu reflektieren, ob die gegenwärtige Praxis, nahezu jedes jugendpolitisch relevante Thema auch zum Gegenstand der europäischen Zusammenarbeit zu machen oder machen zu wollen, noch Ziel führend ist. Grundsätzlich gilt: Die Verantwortung für die Gestaltung förderlicher Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen – für eine integrierte Jugendpolitik – liegt primär bei den Mitgliedstaaten. *Dies ist sinnvoll, denn die Herausforderungen müssen zuerst lokal und regional bewältigt werden. Es geht aber auch zunehmend darum, die komplementäre, unterstützende Rolle der jugendpolitischen Zusammenarbeit in der EU – z.B. durch Förderung der Mobilität junger Menschen, durch Förderung von Internationalisierung und Mehrsprachigkeit – hiermit zu verzahnen.*

Mit einer stärker praxisorientierten Fokussierung des europäischen Dialogs könnte mehr Aufmerksamkeit bei jungen Menschen erzielt werden. Die Jugendlichen von heute sind die Wähler im Europa von morgen.

Im Rahmen des gegenseitigen Lernens und des Fachkräfteaustausches sollten auch auf EU-Ebene die jugendpolitischen Schlüsselthemen „Beteiligung“, „Freiwilliges Engagement“ und „Information“ weiter begleitet werden.

Die Aktivierung junger Menschen sowohl für den weiteren Integrationsprozess der EU als auch für die zivilgesellschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten bleibt von hoher Bedeutung.

Gleichzeitig sollten die existenziellen Belange junger Menschen, d.h. deren soziale und berufliche Integration und damit die Themen Bildung, Beschäftigung und Autonomie (im Sinne selbst bestimmter Lebensführung) weiter verfolgt werden.⁸

Im Rahmen des Konsultationsprozesses wurde von mehreren Akteuren die Erweiterung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich auf die Zielgruppe „Kinder“ vorgeschlagen. Die Bundesregierung kann diese Forderung aus fachlicher Perspektive gut nachvollziehen. Auch in der nationalen Politikgestaltung ist der Übergang von der Kinderpolitik zur Jugendpolitik fließend. Um den Entwicklungsprozess der „europäischen Jugendpolitik“ nicht zu überfrachten, sollten diese Überlegungen zurzeit noch zurück gestellt werden.

Frage 6:

In Anbetracht Ihrer Analyse der Vergangenheit und der zukünftigen Herausforderungen: welche Innovationen und verbesserten Instrumente könnten in den kommenden Jahren entwickelt werden? Welche Instrumente wären für welche Priorität geeignet? Welche Hilfsmittel könnten ins Auge gefasst werden, um die Effizienz der Zusammenarbeit zu verbessern?

Antwort 6:

Résumé:

a) Am jugendpolitischen Mehrwert sowie an der Effizienz und Wirksamkeit der OMK werden trotz ihrer unbestrittenen Verdienste immer noch die bereits in den Antworten auf die Fragen 1-3 vorgetragenen Zweifel angeführt. Insbesondere gelingt der Transfer von guter Praxis zwischen den Mitgliedstaaten nicht.

b) Der Europäische Jugendpakt führte im Ergebnis zur erleichterten Zugänglichkeit von ESF-Mitteln für arbeitsmarktnahe jugendpolitische Projekte in vielen Mitgliedstaaten und gab dem

⁸ Die Fachkräfte wurden auch nach denjenigen Themenfeldern gefragt, die künftig im Fokus der jugendpolitischen Kooperation stehen sollten. Die Frage lautete: „Welche vorrangigen Themen schlagen Sie für die künftige jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa vor?“ Es bestand die Möglichkeit, bis zu fünf Themen zu markieren. Sehr deutlich tritt hier das Thema Bildung in den Vordergrund. Die Kooperation der Mitgliedstaaten sollte nach Ansicht der Fachkräfte in allererster Linie mit dazu beitragen, die Bildungschancen junger Menschen zu verbessern. Drei Viertel der Befragten (74%) setzen sich dafür ein. Mit deutlichem Abstand folgt als zweite Priorität der „interkulturelle Dialog“ (46%) als Handlungsfeld europäischer Jugendpolitik. An dritter Stelle rangiert die Förderung von „Jugendlichen mit geringen Startchancen“ (40%). Interessant ist, dass auch im europäischen Kontext das Thema „Ökologie“ als Thema der Jugendpolitik relativ weit oben angesiedelt ist. Ein gutes Drittel (35%) der Befragten hat diesen Bereich markiert. Auch beim Thema „Jugendarbeitslosigkeit / prekäre Beschäftigung“ (32%), „Rassismus / Fremdenfeindlichkeit“ (30%), „Migration“ (29%) und „Freiwilliges Engagement“ (28%) wird europäische Jugendpolitik verstärkt in der Verantwortung gesehen. Im Mittelfeld stehen die Themen „Multiethnische/-religiöse Gesellschaft“ (25%), „Autonomie“ (24%), „Armut“ (21%) und „Austausch guter Praxis“ 20%. Auf den hinteren Rängen rangieren „Mobilität“ (13%), „Frühe Förderung“ (11%), „Diskriminierung Frauen und Mädchen“ (9%) und „Bevölkerungsentwicklung“ (9%). Nur noch jeder Zwanzigste (5%) ist der Auffassung, dass „Gesundheit“ oder „Jugendgewalt“ Gegenstand der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich sein sollte. Noch weniger Befragte sind der Ansicht, dass „Drogenmissbrauch“ (3%), „Gewalt in der Familie“ (1%) oder „Kriminalität“ (1%) vorrangig in den jugendpolitischen Fokus der EU genommen werden sollte. Siehe zu den Ergebnissen auch die Grafik am Ende des Dokuments.

EU-Jugendprogramm neuen Rückenwind. Es fehlt aber immer noch an einer sichtbaren Verbindung von OMK und Jugendpakt. So erscheint der Europäische Jugendpakt oft noch als ein „Abstraktum“ ohne erkennbare Auswirkungen für die Jugendlichen vor Ort.

c) Der Strukturierte Dialog steckt noch in den Anfängen. Diesen partnerschaftlichen Dialog gilt es noch auf regionaler und vor allem lokaler Ebene durch Förderung und Austausch guter Praxis anzustoßen. Er muss für eine breitere Beteiligung junger Menschen geöffnet und mit den jugendpolitischen Zielsetzungen auf EU-Ebene noch deutlicher verbunden werden.

d) Die Verankerung von Jugendpolitik mit den beiden Standbeinen einer ressortspezifischen und sektorübergreifenden Politik ist noch nicht hinreichend gelungen.

e) Die in den vergangenen Jahren erfolgte Ausweitung der jugendpolitischen Agenda der EU und die kleinteilige Ausdifferenzierung von Zielvorgaben beschränkte die Verständlichkeit und Attraktivität „europäischer Jugendpolitik“ und verlangsamte so den Fortschritt in der regionalen und lokalen Umsetzung.

f) Die Zusammenarbeit und gemeinsame Schwerpunktsetzung in Teampräsidenschaften sollte als Instrument durch den Rat und die Kommission künftig noch stärker genutzt werden. Die Planung des gesamten neuen Systems der Zusammenarbeit inklusive aller Elemente des strukturierten Dialogs auf EU-Ebene (Jugendevents der Präsidenschaften, Jugendwoche, Foren am Rande der Ratssitzungen) sollte daher ebenfalls den 18-Monats-Rhythmus übernehmen.

Vorschlag:

Grundlage in der nächsten Phase der Zusammenarbeit sollte ein transparentes, schlankes und wirksames Instrumentarium sein, das für junge Menschen in Europa relevante Zukunftsthemen exemplarisch („Kernziele“) bearbeitet. Diese zu vereinbarenden Zukunftsthemen sollten im zu vereinbarenden Zeitraum gleichzeitig

- ausschließlicher Gegenstand aller Berichterstattung aus den MS sein,
- ausschließlicher Gegenstand eines integrierten peer-learning zwischen den MS sein,
- Gegenstand des Europäischen Jugendberichts sein,
- Grundlage der politischen Arbeitsplanung des Rates sein.

Im Mittelpunkt steht, die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich daraufhin zu stärken, die Mitgliedstaaten in ihren Anstrengungen zu unterstützen, jungen Menschen eine gute Lebensperspektive in der europäischen Union zu geben. Die Stärkung des aktiven Zivilengagements und die Stärkung von Kompetenzen zur Bewältigung des aktuellen gesellschaftlichen Wandels stehen dabei im Vordergrund.

a) Integriertes neues Instrument (Matrix-Modell)

In der Verknüpfung des Europäischen Jugendpakts – eines politischen Themenkatalogs ohne jugendpolitisches Instrumentarium – und der OMK – eines komplexen Verfahrens mit begrenzter politischer Sichtbarkeit – könnte nach Auffassung der Bundesregierung eine zentrale Chance zur Neustrukturierung der jugendpolitischen Zusammenarbeit im EU-Rahmen erfolgen. So könnten beide Elemente gestärkt werden.

Damit verbindet sich die Erwartung, Effektivität und Effizienz der jugendpolitischen Zusammenarbeit zu verbessern, d.h. sicher zu stellen, dass die neu zu definierenden Ziele mit den eingesetzten Verfahren tatsächlich erreicht und gleichzeitig Aufwand und Ertrag in ein an-

gemessenes Verhältnis zueinander gebracht werden. Auf diese Weise verhindern wir auch unnötige Frustrationen bei allen beteiligten Akteuren.

Entlang der Schnittstellen der OMK-Handlungsfelder und der politischen Themen des Jugendpakts könnten konkrete „Kernziele“ unter Nutzung des Strukturierten Dialogs erarbeitet, von der Kommission als vorrangige Themen vorgeschlagen und vom Rat festgelegt werden. Allein auf diese Prioritäten sollten sich in einem überschaubaren Zeitrahmen Berichterstattungen der Mitgliedstaaten beschränken. Im Kern sollte es künftig um ein stärker exemplarisches Zusammenarbeiten gehen, das dafür aber auch mit verbesserten Instrumenten ausgestattet wird („Weniger ist Mehr“). Zur Verbesserung der Verbindlichkeit der Zusammenarbeit könnten einige der Kernziele (z.B. bis zu fünf) in ein Monitoring-Verfahren aufgenommen werden.

„Kernziele“, insbesondere diejenigen im Monitoring, sollten in ihrer Zuspitzung geeignet sein, Signalwirkungen für die Bedeutung einer breiten jugendpolitischen Zusammenarbeit zu entfalten und junge Menschen dafür zu interessieren, sich an einer nachhaltigen Debatte zur Zukunft Europas und unserer Gesellschaften zu beteiligen.

Die Kernziele sollten zwei für die Jugendpolitik in Europa grundlegende „horizontale Ziele“ weiter zugespitzt und miteinander verbunden werden:

- Förderung der Mobilität junger Menschen und von Fachkräften (Art. 149 EGV),
- Förderung des sozialen Zusammenhalts: Junge Menschen mit Benachteiligungen als vorrangige Zielgruppe (Beitrag der Jugendpolitik zu Art. 2 EGV).

b) Praxisaustausch, Strukturiertes Dialog und Europäischer Jugendbericht

Im Einklang mit den Beschlüssen des Rates sollte die Kommission konkrete Vorschläge für die Etablierung eines Austauschrahmens für regionale und lokale Praxis vorlegen, der durch das Programm „Jugend“ als praktische Ebene der jugendpolitischen Zusammenarbeit etabliert und auf der Ebene freiwilliger, selbst organisierter Kooperationen von Mitgliedstaaten dezentralisiert und in thematischen Lernclustern organisiert werden, die sich an den programmatischen Kernzielen der Zusammenarbeit orientieren.

Auf EU-Ebene würden Elemente zur Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung der Peer-learning-Angebote erarbeitet, um so auch eine enge Verbindung von praktischem Erfahrungsaustausch und Politikentwicklung zu erleichtern.

Bilaterale Austauschprogramme und multilaterale Jugendbegegnungsprogramme der Mitgliedsstaaten könnten stärker einbezogen werden, um auch hierdurch Synergieeffekte zu erzielen.

Multiplikatoren sind für die Etablierung „europäischer Jugendpolitik“ von zentraler Bedeutung. Dem sollte durch entsprechende Qualifikationsmaßnahmen künftig mehr entsprochen werden.

Der Strukturierte Dialog soll die aktive Bürgerschaft junger Menschen in Europa tatsächlich stärken. Mit seiner Hilfe sollte gelingen, die aktuellen jugendpolitischen Themen laufend mit der Lebenswirklichkeit junger Menschen in Europa abzugleichen. Jugendlichen und ihren Organisationen sollten hierdurch angemessene Mitgestaltungsoptionen eröffnet werden.

Der Europäische Jugendbericht als künftiges Leitmedium soll es ermöglichen, politische Schwerpunktsetzungen vorzunehmen. Dabei gilt es, drei Quellen zu nutzen:

- die Berichterstattung der Mitgliedstaaten;
- politische Schlussfolgerungen aus den in den Lernclustern gewonnenen Erkenntnissen
- sowie die wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Hierzu muss der Bericht als wissens- und datenbasierte Grundlage politischer Strategieentwicklung etabliert werden, insbesondere durch Bestandsaufnahme der heterogenen Lebensverhältnisse, jugendpolitischer Herausforderungen und der jugendpolitischen Infrastruktur in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen, die auch Vergleiche im Zeitverlauf ermöglicht.

Die Auswertung von nationalen Berichten und einzelne Jugendbefragungen könnte durch einen Forschungsauftrag an eine multinationale Jugendforschergruppe ergänzt und die Steuerung der Forschung einem wissenschaftlichen Beirat übertragen werden.

Der Rat der EU sollte Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten.

Neben standardisierten Elementen sollte der Bericht künftig grundsätzlich **ein** vom Rat der EU beschlossenes Schwerpunktthema behandeln und die entsprechenden Daten aufbereiten.

Die nationalen Berichterstattungspflichten und somit der Verwaltungsaufwand in den Mitgliedstaaten sollten auf diesem Weg minimiert werden.

Teil 2: Fragen zur Erreichung der gemeinsamen Ziele für ein besseres Verständnis und eine bessere Kenntnis der JugendlichenFrage 1:

Beschreiben Sie bitte die nationale Situation zum Zeitpunkt der Annahme der gemeinsamen Ziele zum besseren Verständnis und zur besseren Kenntnis der Jugendlichen im Jahre 2004 (Ausgangspunkt).

Antwort 1:

Die Ausgangslage in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2004 lässt sich anhand von drei Aspekten skizzieren:

Erstens die Strukturen, die zu diesem Zeitpunkt bestanden, um „Jugendliche besser zu verstehen“; zweitens die wesentlichen Akteure der Jugendforschung und drittens die zentralen Methoden und Verfahren, mit denen Wissen über Jugendliche und deren Lebenssituation erzeugt wurde.

Struktur: Jugendforschung präsentierte sich in Deutschland 2004 – und daran hat sich bis zum heutigen Zeitpunkt nichts geändert – als ein breites und hoch differenziertes Netz unterschiedlicher Forschungseinrichtungen mit vielfältigen Forschungsschwerpunkten. Dieses Feld strukturiert sich zum einen in den Bereich der akademischen Forschung, in dem sich vor allem die Wissenschaftsdisziplinen Soziologie, Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziale Arbeit mit dem Thema Jugend befassen. Und zum anderen in einen Forschungsbe-
reich außerhalb der Hochschulen mit öffentlichen und öffentlich geförderten Institutionen sowie privaten Einrichtungen der Jugend- und Sozialforschung.

Akteure: Das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ), Bonn, hat Ende der 1990er Jahre eine Analyse des Bereichs Jugendforschung durchgeführt. Danach werden im Referenzjahr 1997 rund 4.500 Personen mit Jugendthemen in den Forschungsdatenbanken aufgeführt, darunter sind rund 1.300 Personen zum zentralen Netzwerk der Jugendforschung zu zählen. Im Jahr 2004 konnte man also von 4.000 bis 5.000 Jugendforscherinnen und -forschern im weitesten Sinne und von über 1.000 Jugendforscherinnen und -forschern im engeren Sinn ausgehen. Das Internetportal **Fehler! Hyperlink-Referenz ungültig.** führte 2004 über 70 Institutionen der Jugendforschung an; dies stellte zu diesem Zeitpunkt die Mindestzahl der in diesem Feld tätigen Forschungsinstitutionen dar. Eines der zentralen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute ist das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) mit ca. 140 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das laut Satzung den Zweck verfolgt, Erkenntnisse über die Situation junger Menschen, Ergebnisse im Bereich der Jugend- und Familienforschung sowie der Sozial- und Bildungsforschung – soweit diese für die Sozialisation von Kinder und Jugendlichen relevant sind – zu sammeln, zu erweitern und zu verbreiten.

Methoden: Die Methoden und Verfahren, mit denen in der Bundesrepublik Deutschland das Wissen über die Jugend vertieft und aktualisiert wird, waren und sind vielfältig. Eine Vielzahl von Daten, die für die Lebenssituation von Jungen und Mädchen, jungen Frauen und Männern bedeutsam sind, werden im Rahmen der allgemeinen amtlichen Statistiken erhoben – z. B. zu Bildung, Gesundheit, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosigkeit, Nutzung sozialstaatlicher Angebote. Es existiert eine ausdifferenzierte Statistik über die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gemäß dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (Achstes Buch Sozialgesetzbuch, SGB VIII); eine eigenständige ausdifferenzierte Jugendstatistik für alle relevanten Lebensbereiche der jungen Generation gab es 2004 nicht. Die amtlichen Statistiken wurden und werden durch die statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt in Wiesbaden kontinuierlich fortgeschrieben, auf Zuverlässigkeit geprüft und weiter entwickelt.

In der Praxis der empirischen Jugendforschung gehören repräsentative Querschnittsbefragungen mit zeitlichen Vergleichsmöglichkeiten und deskriptive Querschnittsuntersuchungen zur Messung von Einstellungen und Orientierungen zu den gängigsten quantitativen Forschungsverfahren. Durch die Kombination von Querschnitts- und Längsschnitterhebungen lassen sich neben Momentaufnahmen jugendlicher Lebens- und Umweltbedingungen auch die Verläufe von Entwicklungsprozessen erfassen. Bei den qualitativen (Fall-)Studien wurde und wird häufig mit offenen (biografischen, narrativen) Interviews, mit teilnehmender Beobachtung oder mit Gruppendiskussionen gearbeitet.

Beispiele für längsschnittlich angelegte Studien, die 2004 mehr Wissen über Jugendliche hervorbrachten, sind der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts, die Shell-Jugendstudie und das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP). Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (www.dji.de) untersucht seit 1992 subjektive Vorstellungen, Meinungen und Werte sowie auch objektive Lebensumstände der Jugendlichen. Die vom gleichnamigen Konzern finanzierte Shell-Studie (www.shell.com) befragt seit 1952 12 bis 25-jährige Jugendliche über ihre Lebenssituation, ihre Meinungen und Verhaltensweisen. Mit dem Sozio-Ökonomischen Panel (SOEP) (www.diw.de), einer repräsentativen Längsschnittstudie privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, werden in jährlichen Wiederholungsbefragungen Daten unter anderem zur Erwerbs- und Familienbiografie, zur beruflichen Mobilität, zur Gesundheit und Lebenszufriedenheit erhoben. Seit dem Jahr 2004 werden im SOEP von den 16 bis 17-jährigen Haushaltsmitgliedern zusätzliche jugendspezifische Informationen erhoben.

Von großer Relevanz für den jugendpolitischen Fachdiskurs und den politischen Beratungsprozess sind ferner die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung. In jeder Legislaturperiode, also alle vier Jahre, legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag (Parlament) und dem Bundesrat (Ländervertretung) einen Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe vor. Neben der Bestandsaufnahme und Analyse sollen die Berichte Vorschläge zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe enthalten. Sie werden von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erarbeitet und zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung veröffentlicht. Jeder dritte Bericht soll einen Überblick über die aktuelle Gesamtsituation der Jugendhilfe vermitteln. Der zuletzt fertig gestellte 12. Kinder- und Jugendbericht befasste sich mit dem Thema „Bildung und Erziehung außerhalb der Schule“. Derzeit befindet sich der 13. Bericht zum Thema „Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe“ (Arbeitstitel) in Arbeit. Vielerorts werden auch auf regionaler und kommunaler Ebene Jugendberichte im Auftrag der zuständigen Behörden erstellt. Dies ermöglicht sowohl eine zielgenaue Beschreibung von Problemen junger Menschen vor Ort als auch die Bestimmung lokaler Handlungsempfehlungen.

Frage 2:

Welche Maßnahmen wurden getroffen, um den Wissensstand im Jugendbereich festzustellen, zu gliedern, zu ergänzen und regelmäßig zu aktualisieren? Welche Maßnahmen wurden getroffen, um den Zugang zu Forschung in folgenden und weiteren Prioritätsbereichen des Jugendsektors zu erleichtern: Partizipation, Information und Freiwilligentätigkeit, Autonomie, nicht formales Lernen, Abbau von Diskriminierungen, Bildung & Ausbildung, Beschäftigung, Unternehmergeist, Kreativität, Übergang von Ausbildung in Beschäftigung, soziale Integration und Gesundheit?

a) Zeigen Sie bitte konkrete Ergebnisse auf (Statistiken im Jugendbereich, quantitative Erhebungen, Datenerfassung und Datenbanken, Meinungsumfragen, regelmäßige Berichte, Webseiten zur Jugend).

b) Denken Sie, dass die gemeinsamen Ziele geholfen haben, die erwarteten Ergebnisse zu erzielen und ein einheitliches Wissensgebiet mit zuverlässigen und verfügbaren Daten zu schaffen?

Antwort 2:

Wichtige Beiträge zur Erweiterung des Wissenstandes im Jugendbereich kommen aus dem autonomen Wissenschafts- und Forschungssystem – sowohl aus dem Bereich der Hochschulforschung als auch dem Bereich der außeruniversitären Forschung. Diese entscheiden eigenverantwortlich über Themenstellungen und Themenschwerpunkte auch in der Kinder- und Jugendforschung und unterliegen keiner staatlichen Weisungsbefugnis, Aufsicht oder Rechenschaftspflicht.

Darüber hinaus werden von staatlichen Stellen Forschungsaufträge im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten in Auftrag gegeben. Diese Stellen organisieren die von ihnen in Auftrag gegebenen Forschungsarbeiten unabhängig und eigenverantwortlich. Die Ministerien der Bundesregierung informieren sich wechselseitig über Forschungsvorhaben im Rahmen der Forschungs-Frühkoordinierung und des Dakor-Informationssystems.

Wichtige Fortschritte wurden in den vergangenen Jahren nicht zuletzt bei der Erhebung und Auswertung statistischer Daten erzielt. Dies gilt insbesondere für die statistischen Erhebungen im Rahmen von Bevölkerungsstatistik und Demographie, im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik und des Mikrozensus einschließlich der europäischen Arbeitskräfteerhebung sowie im Rahmen der Statistiken zu Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC). Die Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- Jugendhilfestatistik, die mit dem Deutschen Jugendinstitut verbunden ist und sich um die Gestaltung und Auswertung der kinder- und jugendbezogenen statistischen Daten kümmert, wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert (www.akjstat.uni-dortmund.de).

Zwischen Bund und Ländern kann über Forschungsvorhaben zu Kinder- und Jugendangelegenheiten im Rahmen der halbjährlich stattfindenden Konferenzen der für Jugendpolitik zuständigen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter von Bund und Ländern informiert und diskutiert werden.

Es gehört zu den Aufgaben des von Bund und Ländern geförderten Deutschen Jugendinstituts, die einschlägige Forschungslandschaft zu beobachten und die interessierten Stellen, insbesondere die Behörden in Bund und Ländern, bei Bedarf über Stand und Entwicklung im Bereich der Kinder- und Jugendforschung zu informieren. Wie in der Antwort auf Frage 1 dargelegt, ist die Jugendforschung in der Bundesrepublik Deutschland gut aufgestellt und produziert eine Fülle von Erkenntnissen zu nahezu allen Fragen, die junge Menschen und ihre Lebenssituation betreffen.

Über laufende Forschungsprojekte im Bereich der autonomen Sozialwissenschaften können sich alle Interessierten mittels verschiedener Informationssysteme unterrichten (Informationszentrum Sozialwissenschaft (IZ), Bonn). Einen guten – obzwar nicht vollständigen – Überblick über die geplanten, laufenden und in den vergangenen zehn Jahren abgeschlossenen Forschungsarbeiten im Bereich Jugend erhält man z.B. über das Sozialwissenschaftliche Forschungsinformationssystem (SOFIS).

<http://www.gesis.org/Information/foris/index.htm>.

Auch die Internetseiten zahlreicher Forschungsinstitute wie z.B. die des Deutschen Jugendinstituts (dji.de), oder des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (iss-ffm.de) informieren über ihre aktuellen Untersuchungen. Wesentliche Forschungsaktivitäten in den Feldern „Partizipation, Information und freiwilliges Engagement Jugendlicher“ wurden bereits im Rahmen der entsprechenden Nationalen Umsetzungsberichte dokumentiert. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass diese Forschungsarbeiten in aller Regel ohne direkten Bezug auf die EU-Zielsetzungen initiiert und durchgeführt wurden. Ein substanzieller

Einfluss der gemeinsamen Zielsetzungen auf die jüngere Entwicklung der Jugendforschung in der Bundesrepublik ist nicht erkennbar.

Frage 3:

Welche angemessenen Instrumente und Methoden sind entwickelt worden, um Verständnis und Kenntnis im Jugendbereich zu verstärken und die Verwertung von Ergebnissen zu erleichtern?

a) Methoden zur Qualitätssicherung?

b) Maßnahmen (Erfahrungsaustausch, Unterstützung von Mobilität, Aufbringen von Mitteln usw.) zur Förderung von Aus- und Weiterbildung von Jugendforschern und Experten – insbesondere jüngerer – sowie anderer Akteure, die das Wissen im Jugendbereich weiterentwickeln?

c) Methoden zur Bewertung von Ergebnissen (zum Beispiel Indikatoren, Statistiken)?

Antwort 3:

Jugendstudien unterliegen in Deutschland der öffentlichen fachlichen und wissenschaftlichen Diskussion sowie den üblichen Verfahren der Qualitätsbeurteilung. Eine darüber hinausgehende allgemeine und standardisierte Überprüfung der Qualität von Untersuchungen findet nicht statt. Geeignete Fachauskünfte können bei Bedarf im Einzelfall eingeholt werden (z.B. ZUMA, Mannheim). Auch findet im Rahmen der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekte eine regelmäßige methodische Kontrolle durch „Peer-Reviews“ statt.

Wie in anderen Disziplinen ist auch in der Bildungs-, Kinder- und Jugendforschung der kritische Dialog, die methodische Auseinandersetzung mit vorgelegten Forschungsergebnissen konstitutives Merkmal von Wissenschaftlichkeit. In der Art und Organisation dieses Dialogs unterscheidet sich die Jugendforschung kaum von den anderen Forschungsfeldern – mit wissenschaftlichen Publikationen, mit Tagungen, Konferenzen und Kongressen, mit Beiräten und Beratungsgremien für Praxis und Politik. Sachverständige werden in der Regel in Forschungsprojekte eingebunden, indem sie in regelmäßigen Beiräten zu Forschungsprojekten mitarbeiten und zu Auswertungs-Workshops herangezogen werden und so zur Politikberatung (Programmplanung, Gesetzgebungsverfahren etc.) beitragen. Mit der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (AGJ) gibt es in Deutschland ein institutionalisiertes Netzwerk, das den regen Austausch aller an Jugendpolitik und Jugendforschung Beteiligten gewährleisten soll.

Darüber hinaus existieren Forschungsnetzwerke, die zum Teil durch Finanzmittel des Bundes gestützt werden. Junge Forscherinnen und Forscher werden in der Jugendforschung in verschiedenen Hinsichten in die wissenschaftliche Arbeit eingebunden, insbesondere mittels der wissenschaftlichen Weiterbildung, finanziellen Förderung, Einbindung in Forschungsprojekte und Forschungsnetzwerke und durch die Gewährung von Forschungsaufenthalten im Ausland.

Frage 4:

Wie sind Austausch und strukturierter Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren im Hinblick auf die Erlangung eines besseren Verständnisses und besserer Kenntnis der Jugend organisiert worden?

a) Sind ständige nationale Netzwerke zwischen Entscheidungsträgern, Forschern, Jugendlichen und ihren Organisationen geschaffen oder weiter entwickelt worden?

- Wenn ja, wie sind diese Netzwerke strukturiert und wie werden sie unterstützt? Wie arbeiten sie? Auf welche Weise trug ihre Arbeit dazu bei, die Sichtbarkeit der Resultate Ihrer Arbeit zu gewährleisten und zukünftige Bedürfnisse zu antizipieren?

- Wenn nicht, gibt es eine Strategie, solche Netzwerke zu entwickeln?

b) Existieren andere Netze (transnationale oder interdisziplinäre Netzwerke)?

Antwort 4:

In Deutschland ist die Jugendforschungslandschaft eher disziplinär organisiert als systematisch vernetzt. Ein umfangreiches Forschungsspektrum zu Jugendthemen bietet das Deutsche Jugendinstitut. Es bündelt die Erkenntnisse in den Forschungsfeldern Kinder, Jugend und Familie und bereitet sie für Politik- und Praxisberatung auf, ohne auf ein formelles Netzwerk zurück zu greifen. Die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden lassen sich bei der Einschätzung von Forschungsergebnissen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer Vielzahl von Gremien und Beiräten beraten. Auf Bundesebene ist vor allem das Bundesjugendkuratorium zu nennen – ein Sachverständigengremium unter Beteiligung von Forscherinnen und Forschern, das laut gesetzlichem Auftrag die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe berät.

Neben den Aktivitäten des Deutschen Jugendinstituts sind jugendbezogene Netzwerke innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS – Sektion Jugendforschung), innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) zu nennen. Weiter findet im Kontext von Forschung über Bildung, Arbeitsmarkt, Freiwilligendienste, Gesundheit, Kriminalität, Medien, Gender, Stadtentwicklung und Konsum relevante Jugendforschung statt. Außerdem haben Untersuchungen über nahezu jedes sozialpolitisch relevante Thema eine Jugendforschungsdimension; auch Kommunikations-, Politik-, Kulturwissenschaft, Medizin und Ethnologie produzieren relevante Jugendforschungsergebnisse.

Frage 5:

Denken Sie, dass die Instrumente, die von der Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europarat entwickelt wurden, geholfen haben, die Zusammenstellung, Veröffentlichung und Verbreitung des Wissens über die Jugend zu organisieren und solches Wissen zu ergänzen und regelmäßig zu aktualisieren

a) Welche Unterstützung wurde den Korrespondenten des European Knowledge Centre for Youth Policy (EKCYP) gewährt, um ihre Aufgabe zu erfüllen (jährliche Sammlung und Aktualisierung von Informationen und Daten zur Jugendpolitik auf nationaler Ebene und Eingabe dieser Daten in die Datenbank EKCYP)?

b) Denken Sie, dass die Aufstellung eines European Network of Youth Knowledge (EUNYK) geholfen hat, den Mitgliedstaaten einen Impuls zu geben, nationale Netzwerke zu initiieren oder weiter zu entwickeln?

Antwort 5:

Die Position der nationalen Korrespondentin des EKCYP für Deutschland ist bei IJAB e.V. – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland angesiedelt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat eine Projektförderung eingerichtet, um die Arbeit der EKCYP-Korrespondentin zu unterstützen.

Die Etablierung des *European Network of Youth Knowledge* als europaweites Netzwerk zur Zusammenstellung, Veröffentlichung und Verbreitung des Wissens wird prinzipiell begrüßt.

Nach Einschätzung des Deutschen Jugendinstitutes, das im Auftrag der Bundesregierung an den Sitzungen des *European Network of Youth Knowledge* teilnimmt, blieb dieses Netzwerk bislang hinter den formulierten Erwartungen zurück.

Zum einen dürfte dies auf das eingeschränkte Engagement der Mitglieder und Organisatoren zurückzuführen sein. Darüber hinaus verhindern zuweilen auch die spezifischen Strukturen in den Mitgliedstaaten, dass das EUNYK wirksam in Erscheinung tritt. Staatliche Rahmenbe-

dingungen wie etwa die föderale Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland sowie die strukturelle Komplexität und thematische Heterogenität der Jugendforschung erschweren es zudem, dass Impulse aus dem Netzwerk in den Mitgliedstaaten rasch aufgegriffen werden. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten unterstützten die Verantwortlichen und Mitglieder die Idee des EUNYK und wünschten sich daher eine effektiv Initiative zur Aktivierung dieses wichtigen Netzwerkes.

Frage 6:

Auf welche Schwierigkeiten (Verwaltungsschwierigkeiten, Mangel an Mitteln, Mangel an Infrastruktur usw.) trafen Sie bei der Umsetzung der gemeinsamen Ziele und mit welchen Zielen hatten Sie den meisten Erfolg? Haben Sie Vorschläge zur Verbesserung des Wissens über und des Verständnisses für die Jugend und wie ein konstanter Überblick über Jugendfragen erreicht werden kann?

Antwort 6:

- Konstanter und umfangreicher Überblick

In der kontinuierlichen Erhebung, Ergänzung und regelmäßigen Aktualisierung des Wissens über die Lebenssituation und „Themen“ junger Menschen besteht die Stärke der Jugendforschung in Deutschland. Die verfassungsmäßig garantierte Wissenschaftsfreiheit, die Vielzahl von unabhängigen wissenschaftlichen Institutionen und Forschern, die vielfältigen zur Verfügung stehenden Datenquellen (s. dazu Antwort 1) sowie die Initiativen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Wirtschaft tragen dazu bei, das Wissen über Jugendliche zu erweitern.

- Gut strukturierte und pointierte Wissenslage

Die vorhandene Datenlage wird durch ein gut strukturiertes Berichtssystem erfasst und bewertet (z.B. Kinder- und Jugendberichte auf Bundes- und Landesebene, Nationaler Bildungsbericht, Schulleistungsvergleiche: PISA, JGLU). Dies umfasst in unterschiedlicher Intensität auch die in den gemeinsamen Handlungsschwerpunkten genannten Bereiche, wie etwa Partizipation, Freiwilligentätigkeit, Übergang zwischen Ausbildung und Arbeitsleben, Gesundheit oder soziale Eingliederung.

- Keine zentrale inhaltliche Steuerung und Koordination

Eine zentrale inhaltliche Steuerung oder Koordination von Forschungsvorhaben, die sich an gemeinsamen Zielen orientiert, ist in der Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht der Fall und verfassungsrechtlich nicht möglich.

- Schwierige Definition von Jugend

Eine genaue Definition und Benennung von Merkmalen der Jugend ist strittig. Daher ist es gerade mit Blick auf Forschungsfragen wichtig, vielfältige Sichtweisen auf die unterschiedlichen sozialen und ethnischen Zusammenhänge von „Jugend“ zu erhalten.

Beispielsweise müssen Forschungsaufträge des BMFSFJ schon seit langem nicht nur den Ansprüchen eines „gender-mainstreaming“ sondern auch eines „cultural-mainstreaming“ genügen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung ihren Einfluss in der Forschungslandschaft geltend machen, um ein noch höheres Maß an Sensibilität für eine der Lebenswirklichkeit von verschiedenen Migrantengruppen angemessene Jugendforschung zu fördern.

- Fehlen einer verlässlichen Datenlage in Teilbereichen

Trotz eines prinzipiell guten Wissenstandes im Bereich der Jugendforschung fehlt zu einigen neueren Sachverhalten eine verlässliche, breite Datengrundlage, zum Beispiel im Feld des non-formalen und informellen Lernens im Kleinkinder-, Kindergarten- und Schulalter. Auch die Bildungserträge der in Deutschland institutionell und professionell eigenständigen Kinder- und Jugendhilfe und des stark ausgebauten, weitgehend autonomen Vereins- und Verbandswesens sowie des Freiwilligenbereichs sind noch nicht hinreichend erforscht. Eine zentrale Aufgabe bestünde auch in der Erfassung des informell Gelernten u.a. im Kontext Familie (Stichwort: ‚Familie als Bildungswelt‘) und Peers.

Die Fortentwicklung von Forschungsthemen und Forschungsschwerpunkten ist allerdings primär Angelegenheit des Wissenschaftssystems selbst, das in Deutschland einer staatlichen Steuerung und Kontrolle nicht unterliegt (siehe Antwort zu Frage 2).

Anhang:
 Online-Befragung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (August 2008)

